

Lobbyismus in der EU: Kanäle des aserbaidischen Einflusses in Brüssel, Teil 3

VON LARISSA WILLAMOWSKI

5.2. Kartierung aserbaidischer Einflusskanäle im EP

Im vorangegangenen Kapitel wurden die aserbaidischen Interessengruppen, die an einer Beeinflussung der außenpolitischen Entscheidungsfindung der EU im Berg-Karabach-Konflikt interessiert sind, kartiert. Die Karte gibt einen Überblick darüber, welche Interessengruppen ein Interesse an der Beeinflussung der EU-Außenpolitik verfolgen.

Doch welche dieser Interessengruppen betreiben Lobbyarbeit im EP und wie? Welche Mittel der Einflussnahme werden eingesetzt? In diesem Teil wird der Lobbyeinfluss auf die EU-Außenpolitik im Berg-Karabach-Konflikt zwischen 2019 und 2022 im EP bewertet. Es werden verschiedene Entschlüsse, Positionen und Lobbystrategien von Staaten und Interessengruppen analysiert, um deren Einfluss auf die EU-Außenpolitik zu ermitteln.

5.2.1. Die Lobbyarbeit aserbaidischer Interessengruppen im EP [2019-2022]

Im EP hat der Konflikt im Bereich der Außenpolitik von 2019 bis Oktober 2020 nur sehr wenig Raum gefunden. Marina Kaljurand, Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zum Südkaukasus (DSCA), veröffentlichte eine offizielle Erklärung zu den Ergebnissen der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die am 31. März 2020 in Berg-Karabach stattfanden. Sie betonte, dass die „so genannten“ Wahlen in Berg-Karabach vom Europäischen Parlament nicht anerkannt werden, da Berg-Karabach nie als souveräner Staat anerkannt wurde.¹ Am 14. Juli äußerte sich Kaljurand außerdem besorgt über die jüngsten Entwicklungen an der aserbaidischen und armenischen Grenze in der Region Tovuz,

die zum Tod von Militärangehörigen und einem Zivilisten geführt haben.² In der Erklärung wird nicht näher ausgeführt, welche Seite die militärischen Zusammenstöße verursacht hat, und beide Parteien werden aufgefordert, friedliche Lösungen im Rahmen der Minsk-Gruppe der OSZE zu finden.

Was die Lobbyaktivitäten nichtstaatlicher Akteure in diesem Zeitraum betrifft, so zeigen die Kartierungsergebnisse ein relativ geringes Lobbyengagement. AYAPE orga-



Marina Kaljurand

nisierte vom 2. bis 7. Dezember 2019 eine Winterschule, um das Wissen aserbaidischer Studenten über die EU-Institutionen zu verbessern und die EU-Außenpolitik zu diskutieren. Es wurden auch Besuche im Europäischen Parlament durchgeführt. Darüber hinaus veranstaltete AYAPE in Zusammenarbeit mit Andris Ameriks und Ilhan Kyuchyuk eine Konferenz zum Thema „Regionale und subregionale Zusammenarbeit in der EU-Nachbarschaft: die Partnerschaft Aserbaidisch-Georgien-Türkei“, an der Lasha Daralia, der ehemalige aserbaidische Botschafter in Belgien Fuad Isgandarov, die Europaabgeordnete Anna Fotyga, der LINKS -Direktor Dennis Sammut und Amanda Paul teilnahmen. Diese Lobby-Veranstaltung zeigt erste Muster der Zusammenarbeit zwischen aserbaidischen Interessenvertretern und MdEP auf,

wobei der Schwerpunkt auf der EU-Außenpolitik in Berg-Karabach und der wirtschaftlichen Partnerschaft liegt.³ Insgesamt fallen aserbaidische Interessengruppen in der Vorkriegszeit in Bezug auf Aktivität und Sichtbarkeit nicht besonders auf. Sowohl Interviews als auch umfangreiche Quellenrecherchen zeigen keine signifikanten Ergebnisse zu den Lobbybemühungen staatlicher und nicht-staatlicher aserbaidischer Akteure in diesem Zeitraum. Eine Veränderung der außenpolitischen Aktivitäten lässt sich an dem Tag feststellen, als die Feindseligkeiten zwischen Armenien und Aserbaidisch zu einem ausgewachsenen Krieg eskalierten.

5.2.2. „Wiederaufnahme der Feindseligkeiten“ zwischen Armenien und Aserbaidisch

Während des Berg-Karabach-Krieges wurden drei gemeinsame Erklärungen der DSCA veröffentlicht. Die erste wurde am 27. September zur „Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen AM und AZ“ veröffentlicht, die zweite am 28. Oktober nach einem Monat intensiver Kämpfe. In beiden Entschlüssen appelliert das EP an beide Konfliktparteien, die Kämpfe einzustellen.^{4,5} Die dritte Erklärung zur

3 AYAPE.EU. <https://ayape.eu/> (abgerufen am 05.04.2022)

4 European Parliament. (2020a). *JOINT STATEMENT by the Chair of AFET, MEP David McALLISTER, The Chair of the DSCA, MEP Marina KALJURAND, The EP's Standing Rapporteur on Armenia, MEP Andrey KOVATCHEV and the EP's Standing Rapporteur on Azerbaijan, MEP Željana ZOVKO on the resumption of hostilities between Armenia and Azerbaijan, Strasbourg 27 September*. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/211740/McALLISTER%20KALJURAND%20KOVATCHEV%20ZOVKO_Joint%20statement%20on%20the%20resumption%20of%20hostilities%20between%20Armenia%20and%20Azerbaijan.pdf (abgerufen am 03.03.2022)

5 European Parliament. (2020c). *STATEMENT by the Chair of the DSCA, MEP Marina KALJURAND on the continuing conflict between Armenia and Azerbaijan over Nagorno-Karabakh, Brussels, 28 October 2020*. Reference List 53 https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/215275/20201113_KALJURAND%20KOVATCHEV%20ZOVKO_

1 European Parliament. (2020e). *STATEMENT by the Chair of the DSCA, MEP Marina KALJURAND on the so-called elections in Nagorno-Karabakh, Brussels 31 March 2020*. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/210101/Marina%20KALJURAND_State-ment%20on%20the%20recent%20clashes%20on%20the%20Armenian-Azerbaijani%20border.pdf (abgerufen am 03.03.2022)

2 European Parliament. (2020e). *STATEMENT by the Chair of the DSCA, MEP Marina KALJURAND on the so-called elections in Nagorno-Karabakh, Brussels 31 March 2020*. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/210101/Marina%20KALJURAND_State-ment%20on%20the%20recent%20clashes%20on%20the%20Armenian-Azerbaijani%20border.pdf (abgerufen am 03.03.2022)

„Einstellung der Feindseligkeiten in der Berg-Karabach-Konfliktzone“ wurde am 13. November veröffentlicht, vier Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Armenien und Aserbaidschan.⁶ Darin werden beide Konfliktparteien aufgefordert, sich weiter an Friedensgesprächen im Rahmen der Minsk-Gruppe der OSZE zu beteiligen. Berg-Karabach, die dritte nicht anerkannte Konfliktpartei mit eigenen Streitkräften, wurde in den Resolutionen nicht einmal erwähnt. Diese drei Erklärungen zeigen, dass das EP in Bezug auf Berg-Karabach immer aktiver wird und in sechs Wochen mehr außenpolitische Erklärungen abgibt als im gesamten Vorjahr. Das EP distanziert sich auffallend von einer Parteinahme und bemüht sich um Neutralität. Diese Haltung wurde vor allem wegen der Verharmlosung

7. Oktober ausgiebig erörtert. Wie lässt sich dieses plötzlich gestiegene Interesse des EP am Berg-Karabach-Konflikt erklären?

Während des Krieges wurde eine deutliche Zunahme der Lobbytätigkeit aserbaidschanischer Interessengruppen beobachtet (Interview 5, 8). Eine E-Mail-Spam-Kampagne armenischer und aserbaidschanischer Interessengruppen, die sich an die Büros der Europaabgeordneten und ihre Mitarbeiter richtete, zielte darauf ab, die Positionen der Europaabgeordneten zum Berg-Karabach-Konflikt zu beeinflussen, wie Interview 5 berichtet. Die Spam-Kampagne dauerte von Mitte September bis Mitte November. Insgesamt wurden etwa 4000 Spam-E-Mails pro MdEP-Büro gezählt. Wie viele MdEP-Büros von diesem Spam betroffen waren, lässt sich noch nicht sagen, da sie noch ausgewertet werden (Interview 5). Zehn bis 20 Abgeordnete, an

in der Berg-Karabach-Region gestartet zu haben, die aserbaidschanische zivile Siedlungen und militärische Stellungen zum Ziel hatten. Während des Krieges standen Bilder und Videos von armenischen Kriegsverbrechen im Mittelpunkt. Die Kampagne dauerte bis Mitte November. Nach dem Krieg war eine Schwerpunktverlagerung in den E-Mails festzustellen, da ein starkes Interesse an einer friedlichen Beilegung des Konflikts hervorgehoben wurde (Interview 5).

Neben den aufgelisteten Interessengruppen mit Sitz in Brüssel wurde eine Reihe von NROs und Unternehmen, die als aserbaidschanische Interessengruppe eingestuft werden, in dieser Analyse nicht berücksichtigt, da sie entweder ihren Sitz nicht in Brüssel haben oder kein ausdrückliches Interesse an Lobbyarbeit für die EU-Außenpolitik im Berg-Karabach-Konflikt zeigten. Dies betrifft: SOCAR-Repräsentanz in Brüssel, TAP, ICC und BIMC. Eine Analyse der transnationalen Menschenrechtsorganisationen erweitert den Rahmen dieser Studie.

Die aserbaidschanischen nichtstaatlichen Akteure in Brüssel, so AYAPE, haben auf ihrer Website eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die internationalen Akteure auffordern, „Armeniens Maßnahmen zur Eskalation des Krieges im Kaukasus zu verurteilen“.⁷ Im Hinblick auf die EU-Außenpolitik wird die EU aufgefordert, die territoriale Integrität Aserbaidschans anzuerkennen. Darüber hinaus hat AYAPE am 8. Oktober einen offenen Brief an Journalisten geschickt, um das Bewusstsein für den Konflikt aus der Perspektive junger aserbaidschanischer Fachkräfte, die in Belgien leben und arbeiten, zu schärfen.

Aserbaidschan hat dem Brief zufolge die Region nicht angegriffen, sondern „die von der armenischen Armee im ersten Berg-Karabach-Krieg besetzten Gebiete befreit.“⁸ Was die Aktivitäten aserbaidschanischer staatlicher Akteure während des Krieges betrifft, so haben auch die Lobbyaktivitäten im EP zugenommen (Interview 6). Von der aserbaidschanischen Botschaft in Belgien wurde eine verstärkte Kontaktaufnahme mit dem EP beobachtet, die darauf abzielte, „das Narrativ in ihrem Interesse zu drehen“ und die territoriale Integrität Aserbaidschans und Berg-Karabach als Teil des Landes anzuerkennen (Interview 6). Darüber hinaus zeichnet sich die Lobbyarbeit der aserbai-



SOCAR: Nicht nur Erdöl & Erdgas, sondern auch Finanzierung von Lobbyarbeit in Brüssel...

der Konfliktereignisse und der Hauptursache für den Ausbruch des Krieges, nämlich einer militärischen Offensive der aserbaidschanischen Streitkräfte, kritisiert. Dieser Aspekt wurde in der politischen Debatte am

die diese Spam-Mails geschickt wurden. Laut Interview 5 zeichnete sich die Spam-Kampagne durch Spuren der Koordination aus, da die meisten E-Mails von verschiedenen Absendern meist die gleichen Texte enthielten. Auch das Timing war auffällig, da Spam-Wellen von verschiedenen E-Mail-Adressen die Abgeordneten zu ähnlichen Zeiten erreichten. Es wird ferner angenommen, dass die von der Kampagne angesprochenen Abgeordneten nach ihrem Lebenslauf, ihren Positionen im EP und ihren politischen Ansichten ausgewählt wurden. Was die E-Mails von aserbaidschanischer Seite betrifft, so wurden MdEP, die erfahrungsgemäß für die aserbaidschanische Politik gestimmt oder sich dafür eingesetzt haben, nicht angesprochen. Der Inhalt der E-Mails umfasste kurze Briefings, Videoclips, Bilder oder Texte, in denen hauptsächlich die armenischen Streitkräfte beschuldigt wurden, Militäroffensiven

Joint%20statement_Armenia_Azerbaijan_agreement.pdf (abgerufen am 03.03.2022)

6 European Parliament. (2020b). JOINT STATEMENT by the Chair of the DSCA, MEP Marina KALJURAND, the EP's Standing Rapporteur on Armenia, MEP Andrey KOVATCHEV and the EP's Standing Rapporteur on Azerbaijan, MEP Željana ZOVKO on the agreement of 9 November on the cessation of hostilities in the Nagorno-Karabakh conflict zone, Brussels 13 November 2020. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/215275/20201113_KALJURAND%20KOVATCHEV%20ZOVKO_Joint%20statement_Armenia_Azerbaijan_agreement.pdf (abgerufen am 03.03.2022)

7 AYAPE. (2022a). AYAPE.EU. <https://ayape.eu/> (abgerufen am 05.04.2022)

8 AYAPE. (2022a). AYAPE.EU. <https://ayape.eu/> (abgerufen am 05.04.2022)

dschanischen Botschaft in Belgien dadurch aus, dass die aserbaidsschischen Vertreter stark dazu neigen, Lobbyarbeit für ihre eigenen Interessen und nicht gegen die Armenier zu betreiben. Armenier hingegen betreiben viel Lobbyarbeit für sich selbst, aber noch stärker gegen Aserbaidsschaner, selbst wenn sie nicht betroffen sind (Interview 6).

Die Positionen, die in der E-Mail-Spam-Kampagne von aserbaidsschischer Seite, AYAPE, TEAS und Junibrux, propagiert wurden, stellen die Position der aserbaidsschischen Botschaft zur Kriegsursache dar.⁹ In der Stellungnahme des EP wird keine der Konfliktparteien beschuldigt, eine militärische Offensive eingeleitet zu haben, obwohl journalistische Berichte auf eine aserbaidsschische Offensive als Kriegsursache hinweisen.¹⁰ Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure aus Aserbaidsschan haben im EP erfolgreich Lobbyarbeit gegen diese Position betrieben.

5.2.3. Die Nachwehen des Berg-Karabach-Krieges

Im Jahr 2021 wurden zwei Entschlüsse angenommen und drei gemeinsame Erklärungen der DSCA veröffentlicht: In der Resolution vom Januar 2021 erklärt das EP, dass es „Änderungen des Status quo“ bedauert, die „durch militärische Gewalt“ in Berg-Karabach erreicht wurden, und fordert sofortige Friedensgespräche zwischen beiden Parteien. Diese Erklärung liest sich wie eine Fortsetzung der bisherigen politischen Linie des EP. In einer gemeinsamen Erklärung der DSCA vom 2. Februar argumentiert Kaljurand weiter, dass sich die Lage in den Konfliktregionen stabilisiert habe und der Waffenstillstand eingehalten worden sei. Zu diesem Zeitpunkt sei die Eskalation in vollem Umfang gestoppt, die Sicherheitsrisiken und humanitären Risiken in den Konfliktregionen seien jedoch nach wie vor sehr hoch und würden in offiziellen Erklärungen des EP erheblich unterschätzt.¹¹

9 Embassy of the Republic of Azerbaijan to the Kingdom of Belgium and the Grand Duchy of Luxembourg Mission to the European Union. (2022). <https://brussels.mfa.gov.az/en> (abgerufen am 17.04.2022)

10 The International Institute for Strategic Studies. (2022). The uneasy new status quo in Nagorno-Karabakh. *Strategic Comments*, 28(1), 10–12.

11 Joint Motion for a Resolution on prisoners of war in the aftermath of the most recent conflict between Armenia and Azerbaijan, 2021/2693(RSP) (2021).

Am 20. Mai kam die Frage der armenischen Kriegsgefangenen in Aserbaidsschan auf die Tagesordnung des EP. In einer mit deutlicher Mehrheit angenommenen Entschlüsse fordert das EP die sofortige und bedingungslose Freilassung der armenischen Kriegsgefangenen in Baku¹². Was die Gruppe der Abgeordneten betrifft, die sich aktiv gegen die Resolution eingesetzt hat, so kann man die Gegenstimmen und Enthaltungen bei der Abstimmung über die Resolution analysieren. Das Thema veranlasste eine Gruppe von Abgeordneten und aserbaidsschischen Interessengruppen auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene, gegen die Resolution zu lobbyieren. Die wichtigsten Abgeordneten, die gegen die Resolution lobbyierten, waren: Ilhan Kyuchuk, Anna Fotyga und Ryszard Czarnecki sowie Andrej Ameriks, Gründer der Freundesgruppe Aserbaidsschan im EP.¹³ Für die aserbaidsschische Interessengruppe CIEI war die EP-Resolution zu armenischen Kriegsgefangenen der Auslöser, ihre informelle Studienvereinigung im September in eine eingetragene NRO umzuwandeln (Interview 9). Darüber hinaus hat CIEI im EP und auf Twitter aktiv Lobbyarbeit gegen diese Resolution betrieben.¹⁴ Daher war diese Entschlüsse für die aserbaidsschischen Interessengruppen von großer Bedeutung.

Eine weitere bemerkenswerte Erklärung vom 30. Juli bezieht sich auf die schrecklichen menschlichen Kosten von Landminen in Aserbaidsschan, die nach dem Tod von drei aserbaidsschischen Zivilisten bei der Explosion einer Landmine im Bezirk Kalbajar formuliert wurde.¹⁵ Die Kontaktlinie

12 Joint Motion for a Resolution on prisoners of war in the aftermath of the most recent conflict between Armenia and Azerbaijan, 2021/2693(RSP) (2021).

13 Azerbaijan - Belgium Parliamentary Friendship Group. (2022). @azbegroup. Twitter. <https://twitter.com/azbegroup> (abgerufen am 15.07.2022)

14 CIEI - Caspian Initiative for European Integration. (2022). @cieipeu. Twitter. <https://twitter.com/cieipeu> (abgerufen am 15.07.2022)

15 European Parliament. (2021a). *Joint statement by the Chair of the Delegation for relations with the South Caucasus, MEP Marina KALJURAND, the European Parliament's Standing Rapporteur on Armenia, MEP Andrey KOVATCHEV, and the European Parliament's Standing Rapporteur on Azerbaijan, MEP Željana ZOVKO, on the dire human cost of landmines in Azerbaijan, Strasbourg 8 June 2021*. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/235661/20210608_

zwischen Armenien und Aserbaidsschan ist seit dem ersten Berg-Karabach-Krieg stark vermint. Das Problem ist alt und betrifft Armenien, Berg-Karabach und Aserbaidsschan in gleichem Maße. Im Zuge des Entminungsprozesses nach dem Berg-Karabach-Krieg kam es sehr häufig zu Landminenexplosionen.¹⁶ Daher ist es verwunderlich, warum das EP eine gemeinsame Erklärung nur zu den aserbaidsschischen Fällen von Landminenexplosionen formuliert. Ein besonderer Lobbyaufwand für diese Erklärung konnte nicht festgestellt werden.

Eine weitere Methode der Lobbyarbeit, die darauf abzielt, die Position der Abgeordneten im Berg-Karabach-Konflikt zu beeinflussen, sind Einladungen zu Kurzreisen: Im Frühjahr 2022 lädt Junibrux Europaabgeordnete zu einer Studienreise nach Karabach in Aserbaidsschan ein. Der ausdrückliche Zweck dieser Reise ist es, „die objektive Situation in Karabach zu bewerten“ (A. Mraih, persönliche Mitteilung, 15. September 2021). Da nicht nachvollziehbar war, wer eingeladen wurde und wer die Einladung angenommen hat, ist es schwierig, den Einfluss auf die EU-AP in diesem Fall zu bestimmen. Im März 2022 veröffentlicht Kaljurand außerdem die erste offizielle Stellungnahme der DSCA zur sich zunehmend verschlechternden humanitären Lage in den armenisch besiedelten Gebieten in Berg-Karabach.¹⁷ Das zweite neue Thema auf der außenpolitischen Agenda des EP im Jahr 2022 ist die Zerstörung des armenischen Kulturerbes in den Berg-Karabach-Regionen, die in der Entschlüsse vom 8. März verurteilt wurde.¹⁸ Dieses Thema wurde von

Joint%20Statement_Kaljur and-Kovatchev-Zovko_AM-AZ_landmines.pdf (abgerufen am 03.03.2022)

16 The Halo Trust. (2022). *Making Land Safe In Nagorno Karabakh*. <https://www.halotrust.org/where-we-work/europe-and-caucasus/nagorno-karabakh/> (abgerufen am 20.05.2022)

17 European Parliament. (2022b). *Statement by the Chair of the Delegation for relations with the South Caucasus, MEP Marina KALJURAND, on the worrying humanitarian situation in Nagorno-Karabakh*. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/245939/20220316_Nagorno-Karabakh_humanitarian%20situation_statement.pdf (abgerufen am 20.05.2022)

18 Joint Motion for a Resolution on the destruction of cultural heritage in Nagorno-Karabakh, 2022/2582(RSP) (2022). https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0080_EN.html (abgerufen am 05.06.2022).

der aserbaidischen Botschaft in Belgien scharf kritisiert.¹⁹

Ein weiterer Hinweis auf den Einfluss der aserbaidischen Lobby auf staatliche Akteure ist die gemeinsame Erklärung der DSCA-Vorsitzenden Marina Kaljurand nach dem Treffen mit dem Ko-Vorsitzenden des PCC EU-Aserbaidschan, Javanshir Feyziyev. In dieser Erklärung kritisiert Kaljurand die derzeitigen Verletzungen des Waffenstillstands durch Aserbaidschan, die Zerstörung des armenischen Kulturerbes und vor allem die angebliche Verwicklung enger Mitglieder seiner Familie in das „aserbaidschanische Geldwäschesystem“ über Bankkonten.²⁰ Ob diese Erklärung einen Wendepunkt in der außenpolitischen Linie des EP anzeigt, bleibt abzuwarten. Diese Anschuldigungen bestätigen jedoch, dass die Verwicklung aserbaidischer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in den Kaviar-Diplomatiekandal nicht ausreichend untersucht wurde und dass der Einfluss auf das EP daher nicht vollständig geklärt ist. Dieser Mangel an Transparenz verhindert eine umsichtige Analyse der Auswirkungen des Einflusses Dritter auf die EU-Außenpolitik, die andere postsowjetische Staaten wie Kasachstan betreffen. In mehreren Interviews mit EP-Vertretern wurde betont, dass eine Untersuchung für das EP, wie sie bereits im Europarat durchgeführt wurde, dringend notwendig sei (Interview 1 & 8).

Im Jahr 2022 wird der Ansatz des EP gegenüber dem Berg-Karabach-Konflikt differenzierter, indem Themen wie die Zerstörung des armenischen Kulturerbes, humanitäre Fragen und die Frage der armenischen Kriegsgefangenen aufgegriffen werden. Während sich der Fokus des EP im Berg-Karabach-Konflikt erweitert, bleiben die grundlegenden außenpolitischen Annahmen jedoch gleich. Berg-Karabach bleibt international nicht anerkannt und die militärische Offensive Aserbaidschans wird nicht als Kriegsgrund anerkannt.²¹ Dieses

Narrativ wird von aserbaidischen Interessengruppen in Brüssel durch direkte Lobbyarbeit im EP aktiv unterstützt.

5.2.3. Zusammenfassung der Befunde II

Diese Analyse deutet darauf hin, dass die Lobbyarbeit aserbaidischer nichtstaatlicher Akteure wesentlich zu einer verstärkten Aktivität des EP während des Krieges in Berg-Karabach im Herbst 2020 beigetragen hat. Während des Krieges steigerte das EP seine außenpolitische Aktivität im Berg-Karabach-Konflikt zeitgleich mit dem Lobbying aserbaidischer Interessengruppen, das beispielsweise durch E-Mail-Spam-Wellen verstärkt wurde. Nahezu jede Interessengruppe veröffentlichte bei Ausbruch des Konflikts Erklärungen, in denen sie Armenien eine militärische Offensive in Berg-Karabach vorwarf. Bis heute erkennt das EP den Berg-Karabach-Krieg nicht als Folge einer militärischen Aggression Aserbaidschans an. Seit dem Ende des Krieges hat die Außenpolitik des EP ihre Position in der Konfliktzone selektiv gestärkt. Die aserbaidischen Interessengruppen betrieben massive Lobbyarbeit gegen die Resolution zur Freilassung armenischer Kriegsgefangener und zur Zerstörung des armenischen Kulturerbes. Die Resolution über armenische Kriegsgefangene war sogar der Hauptgrund für die Gründung der Lobbygruppe CIEI.

Es ist anzunehmen, dass ein hohes Maß an Lobbytätigkeit aserbaidischer Interessengruppen dazu beigetragen hat, dass eine Reihe von politischen Themen in der Nachkriegszeit aufgenommen wurden, insbesondere die Frage der Landminen.

Die humanitäre Situation in Berg-Karabach wurde trotz der angespannten Lage nur in einer einzigen Erklärung der DSCA erwähnt.²² Aserbaidschanische militärische Provokationen, die im letzten Winter zu einer Unterbrechung der Gas- und Stromver-

sorgung führten, wurden überhaupt nicht erwähnt. Aserbaidschanische Interessengruppen haben ein großes Interesse daran, dass dieses Thema nicht auf der politischen Agenda des EP steht. Trotzdem leugnen sie humanitäre Fragen massiv, insbesondere auf Twitter, und versuchen so, den Fokus des EP auf Friedensgespräche zu lenken.^{23,24} Was die humanitären Fragen der armenisch besiedelten Gebiete betrifft, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sowohl die aktive Lobbyarbeit aserbaidischer Interessengruppen als auch das Fehlen von Lobbyarbeit der Berg-Karabach-Interessengruppen im EP zu einem geringen Engagement des EP beitragen. Um diese Frage umfassend zu beantworten, wäre eine separate Analyse der Berg-Karabach- und armenischen Interessengruppen in Brüssel erforderlich.

Darüber hinaus zeigt die Analyse, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die wichtigste Zielgruppe für Lobbyarbeit sind. Eine Reihe von Abgeordneten zeichnet sich durch gute Beziehungen und eine enge Zusammenarbeit mit aserbaidischen Interessengruppen aus, wie İlhan Kyuchuk, Anna Fotyga und Ryszard Czarnecki, Andrej Ameriks. Ameriks ist der Gründer der Fraktion der Freunde Aserbaidschans im EP (Interview 1). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die aufgrund ihrer wichtigen politischen Position, z. B. als Vorsitzende oder ständige Berichterstatter, besonders von aserbaidischen Interessengruppen beeinflusst werden. Wie erwartet, verlassen sich die Interessengruppen weitgehend auf das politische Netzwerk der Botschaft zu den Abgeordneten, um ihren Einfluss zu erhöhen. Dabei ergänzen sich die Lobbyarbeit staatlicher und nicht-staatlicher aserbaidischer Akteure.

Schlussfolgerung

Die leitende Forschungsfrage dieser Studie war die Beantwortung der Frage, wie aserbaidische Interessengruppen versuchen, die EU-Außenpolitik im Berg-Karabach-Konflikt zu beeinflussen. Zu die-

19 Embassy of the Republic of Azerbaijan to the Kingdom of Belgium and the Grand Duchy of Luxembourg Mission to the European Union. (2022). <https://brussels.mfa.gov.az/en> (abgerufen am 17.04.2022)

20 European Parliament. (2022a). *Statement by the Chair of the Delegation for relations with the South Caucasus, MEP Marina KALJURAND*. https://www.europarl.europa.eu/cms-data/246704/20220331_Meeting%20of%20PCC%20co-chairs_statement.pdf (abgerufen am 06.05.2022)

21 European Parliament. (2022a). *Statement*

by the Chair of the Delegation for relations with the South Caucasus, MEP Marina KALJURAND. https://www.europarl.europa.eu/cms-data/246704/20220331_Meeting%20of%20PCC%20co-chairs_statement.pdf (abgerufen am 06.05.2022)

22 European Parliament. (2022b). *Statement by the Chair of the Delegation for relations with the South Caucasus, MEP Marina KALJURAND, on the worrying humanitarian situation in Nagorno-Karabakh*. https://www.europarl.europa.eu/cms-data/245939/20220316_Nagorno-Karabakh_humanitarian%20situation_statement.pdf (abgerufen am 20.05.2022)

23 CIEI - Caspian Initiative for European Integration. (2022). @cieipeu. Twitter. <https://twitter.com/cieipeu> (abgerufen am 15.07.2022)

24 Embassy of the Republic of Azerbaijan to the Kingdom of Belgium and the Grand Duchy of Luxembourg Mission to the European Union. (2022). <https://brussels.mfa.gov.az/en> (abgerufen am 17.04.2022)

sem Zweck wurden qualitative Interviews durchgeführt und mit qualitativer Quellenforschung kombiniert, um eine umfassende Karte der Aktivitäten aserbaidjanischer Interessengruppen zu erstellen, die Einflusskanäle der Interessengruppen im EP zu identifizieren und ihren Einfluss auf die EU-Außenpolitik im Berg-Karabach-Konflikt zu ermitteln.

Die Ergebnisse des deskriptiven Mapping-Prozesses deuten auf eine Umstrukturierung der aserbaidjanischen Interessengruppen in Brüssel hin, die auf die Förderung der Karrieremöglichkeiten junger aserbaidjanischer Fachkräfte und Studenten nach dem Berg-Karabach-Krieg abzielt. CIEI und Junibrux sind ein Beispiel für junge aserbaidjanische NROs, die politische Lobbyarbeit betreiben, indem sie Konferenzen zu diesem Thema organisieren, sich mit hochrangigen Beamten treffen oder per E-Mail Einladungen zu Reisen nach Karabach verschicken (A. Mraih, persönliche Mitteilung, 15. September 2021). Vertreter nichtstaatlicher Akteure wie TEAS und CIEI versuchen aktiv, ihren Einflussbereich auf die Brüsseler Medienlandschaft auszudehnen, indem sie Artikel veröffentlichen und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Medien organisieren, um so das politische Narrativ rund um den Berg-Karabach-Konflikt in der Öffentlichkeit zu prägen und sichtbar zu werden (Interview 9). Eine ähnliche Strategie verfolgt die aserbaidjanische Botschaft, die seit mehr als zehn Jahren eine enge Zusammenarbeit mit *The EU Reporter* pflegt. Darüber hinaus spielt die aserbaidjanische Botschaft in Belgien eine Rolle bei der Lobbyarbeit von Interessengruppen, indem sie öffentliche Veranstaltungen finanziert. Die Muster der Zusammenarbeit zwischen Interessengruppen und Botschaften sind jedoch unterschiedlich. CIEI z.B. strebt einen unabhängigen Status an, während TEAS eine enge Zusammenarbeit mit aserbaidjanischen Staatsvertretern aufweist. AYAPE, OCAZ und TEAS zeigen ebenfalls ein starkes Interesse an Lobbyarbeit, allerdings mangelt es ihnen aufgrund des Reputationsschadens durch den Kaviar-Diplomatieskandal an Transparenz in ihrer Lobbyarbeit.

Wie beeinflussen diese Akteure die EU-Außenpolitik im Berg-Karabach-Konflikt? Die Ergebnisse der Analyse des Einflusses aserbaidjanischer Interessengruppen zeigen Folgendes: Als Aserbaidschan am 27. September 2020 seine Militäroffensive startete, nahmen die außenpolitischen Aktivitäten des EP und die Lobbyaktivitäten aserbaidjanischer Interessengruppen

gleichzeitig zu. Aserbaidschanische Interessengruppen trugen dazu bei, das EP zu einem weiteren Engagement in dem Konflikt zu bewegen, da die Reichweite sowohl der aserbaidjanischen Botschaft als auch der Interessengruppen deutlich zunahm. Jede Interessengruppe teilte ihren Standpunkt zu dem Konflikt öffentlich mit. Darüber hinaus wurden die Büros des Europäischen Parlaments von einer koordinierten E-Mail-Spam-Kampagne sowohl von Armeniern als auch von Aserbaidschanern angegriffen. Dabei unterstützten die Absender dieselbe politische Linie wie die Botschaft und die Interessengruppen, indem sie sich gegen die internationale Anerkennung von Berg-Karabach aussprachen und eine armeni-



Ilhan Kyuchuk MdEP, Bulgarien: In gutem Einvernehmen mit Aserbaidschan?

sche Militäroffensive gegen die zivilisierten Gebiete Aserbaidschans als Ursache für den 44-tägigen Krieg anführten. Während des gesamten Konflikts verurteilt das EP militärische Aktivitäten auf beiden Seiten, ohne jedoch eine aserbaidjanische Militäroffensive als Kriegsursache zu erwähnen. Interessengruppen versuchen, diese Position erheblich zu beeinflussen. Seit dem Ende des 44-tägigen Krieges haben sich die Positionen der aserbaidjanischen Akteure in Richtung Friedensförderung und verstärkte Zusammenarbeit im Energiebereich verschoben. Die Außenpolitik des Europäischen Parlaments ist zwar zunehmend nuancierter gegenüber dem Konflikt geworden, bleibt aber unkritisch gegenüber der politischen Realität und den Sicherheits- und humanitären Risiken. Es muss hervorgehoben werden, dass der politische Ansatz des EP die Wahrscheinlichkeit einer erneuten militärischen Offensive Aserbaidschans

in naher Zukunft stark unterschätzt.

Trotz ihres explorativen Charakters leistet diese Studie einen Beitrag zur bestehenden Literatur über die EU-Außenpolitik. Die Lobbyarbeit von Interessengruppen spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der EU-Außenpolitik in Konflikten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, wie am Beispiel des Berg-Karabach-Konflikts gezeigt wurde. Aserbaidschanische Interessengruppen beteiligen sich an den politischen Entscheidungsprozessen im EP, um die Abgeordneten von ihrer Sichtweise des Konflikts zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Studie liefern mehrere Beiträge zur aktuellen Literatur. Sie zeigt, dass konstruktivistische Ansätze zur Erklärung der EU-Außenpolitik eine weitere Analyse wert sind, da sich nichtstaatliche Akteure als fähig erwiesen haben, den außenpolitischen Dialog der EU zu Konflikten im Fall von Berg-Karabach durch verstärkte Kommunikation und Vernetzung mit EU-Vertretern zu gestalten.

Darüber hinaus erweitert diese Studie das vorhandene Wissen über den Einfluss von Lobbyisten auf die EU-Außenpolitik und erhöht die Transparenz der Lobbyarbeit in den EU-Institutionen:

„Mehr Rechenschaftspflicht, Transparenz und Integrität politischer Institutionen in demokratischen Ländern wird sowohl für die Öffentlichkeit in diesen Ländern als auch für die Menschen, die unter repressiven und korrupten Regimen wie dem in Aserbaidschan leben, von Nutzen sein.“²⁵

Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung eines verpflichtenden Registrierungsmechanismus im EU-Transparenzregister. Europäische Institutionen wie das EP sind zwar mit vergleichsweise guten Transparenz- und Anti-Korruptionsvorschriften ausgestattet, erweisen sich aber als sehr anfällig für externe Einflussversuche.

Zur Person: Larissa Willamowski, geboren 1997, studierte European and International Governance an der Freien Universität Brüssel. Sie arbeitete mehrere Jahre im EU Parlament an den Themen Lobbyismus, Korruption und EU-Nachbarschaftspolitik. In ihrer Masterarbeit erforschte sie investigativ das aserbaidjanische Lobbynetzwerk in Brüssel.

²⁵ Freedom Files Analytical Centre. (2017). European Values bought and sold: An Exploration into Azerbaijan's sophisticated System of projecting its international Influence, buying western Politicians and capturing intergovernmental organisations. Civic Solidarity, Freedom Files Analytical Centre.